



Nr. 51. Abend-Ausgabe.

Achtundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 21. Januar 1887.

Zu den Wahlen.

Berlin, 20. Januar.

In der nationalliberalen Presse ist ein Streit darüber ausgebrochen, ob das abgeschlossene Wahlcartell die Partei verpflichtet, für Herrn Stöcker und seine näheren Gesinnungsgenossen zu stimmen. Die erste Nachricht von diesem Zweifel hat die Kreuzzeitung sehr in Harnisch gebracht und sie erklärt, das ganze Cartell als gebrochen anzusehen, wenn die nationalliberalen Partei sich nicht ausdrücklich für verpflichtet erklärt, gegebenenfalls auch für Herrn Stöcker zu stimmen. Die „Kölner Zeitung“ hat auch bereits ehrbar und feierlich die Erklärung abgegeben, es liege nicht die geringste Veranlassung vor, dem Herrn Stöcker die Stimme zu verweigern. Ich bin überzeugt, die „Kölner Zeitung“ wird Recht behalten; die Nationalliberalen haben in Siegen bereits für Herrn Stöcker gestimmt; sie werden es diesmal wieder thun und werden es diesmal unter dem Beifall ihres Centralcomités thun, der ihnen vor drei Jahren versagt blieb. Sie werden nicht allein für Herrn Stöcker, sie werden auch für Herrn Cremer stimmen.

Wenn vor acht Jahren den Nationalliberalen Demand prophezeilt hätte, es werde der Tag kommen, wo die Frage, ob sie bei den Wahlen für einen entschiedenen Antisemiten eintreten, in ihrer Mitte auch nur discutirt werden könnte, würden sie einen solchen Propheten nicht mit dem vollsten Brustton der stolzen Entrüstung als einen Verläumper gebrandmarkt haben? Und wenn sie heute etwas thun, was vor acht Jahren ihrem Gedankenkreise so völlig fern gelegen hat, hat man dann Unrecht, wenn man ihnen prophezeilt, sie würden wiederum in einigen Jahren etwas thun, was sie heute von sich weisen. Es hat eine Zeit gegeben, in welcher derjenige sich lächerlich gemacht haben würde, der als möglich voraussetzte, es könne jemals ein Nationalliberaler für Getreidezölle stimmen; im Jahre 1879 hat eine große Anzahl von ihnen dafür gestimmt, und heute kann man den Nationalliberalen mit der Lasterne suchen, der auch nur noch ein Bewußtsein davon hat, daß die Einführung der Getreidezölle ein Unrecht war. Im Jahre 1882 haben die Nationalliberalen die Einführung einer staatlichen Zwangssicherung zur Unfallversicherung für so undenkbar gehalten, daß sie gemeinsam mit dem Fortschritt einen Gegenentwurf ausarbeiteten, und wenig Jahre später nahmen sie den Staatszwang an. Im Jahre 1881 kämpften sie gegen gewisse Bestimmungen der Eulenburg'schen Verwaltungsgesetze, die ihnen nicht liberal genug erschienen, und im Jahre 1883 nehmen sie das Puttkamer'sche Gesetz an, mit welchem verglichen das Eulenburg'sche in einem idealen Lichte erscheint.

Ist es unter diesen Umständen nicht sehr gerechtfertigt, wenn man annimmt, daß sie in einigen Jahren weit genug fortgeschritten sein werden, um nun auch für ein Monopol zu stimmen. Vorläufer haben sie gehabt. Unter denselben Abgeordneten, welche für das Tabakmonopol gestimmt haben, war wenigstens ein Nationalliberaler, dessen Name mir gegenwärtig ist; möglicher Weise waren es zwei oder drei. Für das Branntweinmonopol ist die „Kölner Zeitung“, wenn nicht durch den Mund ihrer Redaktion, so doch durch den eines ihrer hervorragendsten Correspondenten eingetreten, der zugleich eines der führenden Mitglieder des Abgeordnetenhauses ist. Wenn sie, soweit sie im Reichstage anwesend waren, einmühlig gegen dasselbe gestimmt haben, so lag das nur daran, daß einzelne Abgeordnete, die sich schon in entgegengesetztem Sinne engagirt hatten, aus irgend einem Grunde bei der Abstimmung fehlten. Wenn jetzt einige nationalliberalen Blätter sich stellen, als sei ein Wirtschaftsmonopol ein lediglich von der freisinnigen Partei heraufbeschworenes Schreckgespenst, so steht das mit allen Thatsachen in Widerspruch, und ein

solches Ableugnen kann nur den Erfolg haben, der Einführung eines solchen Monopols Vorschub zu leisten.

Wenn es bei den Neuwahlen zu einer Majorität kommen sollte, die das Monopol durchsetzt, so haben die Nationalliberalen dazu beigetragen, daß eine solche Majorität gebildet wurde, und sie können ihre Verantwortlichkeit nicht damit ablehnen, daß sie persönlich gegen die Majorität gestimmt hätten. Die Wähler aber mögen sich eine Tafel aufstellen, auf welche sie die Worte schreiben: „Wähler! gedanke des Tabakmonopols und des Branntweinmonopols!“

Politische Uebersicht.

Breslau, 21. Januar.

Wie die Kreuztg. mittheilt, kommt die Entrüstungs-Adresse im Abgeordnetenhaus nicht zu Stande; sie soll an dem Widerspruch der Nationalliberalen gescheitert sein. „Wir fürchten, so schreibt die Kreuztg., daß der Eindruck dieses Vorganges im Lande ein sehr ungünstiger sein und auf das freudige Zusammenspielen bei den Reichstagswahlen einen lähmenden Einfluß üben wird.“

Der Streit, in wie weit die Nationalliberalen durch das mit den Conservativen abgeschlossene Cartell den leichten zur Heeresfolge verpflichtet seien, wählt noch immer fort. Der „Hannov. Cour.“ meinte, so wie die „Nat.-Btg.“, daß die Nationalliberalen sich durch dieses Cartell nicht gebunden hätten, für Herrn Stöcker zu stimmen. Sie schrieb:

„Von Seiten der „N. Pr. Btg.“ wird die Behauptung aufgestellt, daß in Folge der getroffenen Vereinbarung die Nationalliberalen verpflichtet wären, für Herrn Stöcker zu stimmen, falls derselbe als Wahlkandidat aufgestellt werde; namentlich gelte das für den Wahlkreis Siegen, den Herr Stöcker in dem letzten Reichstage vertreten hat. Die „N. Pr. Btg.“ scheint über die Verhandlungen, welche zu dem Abschluß der Vereinbarung führten, nicht recht unterrichtet zu sein, sonst müßte sie wissen, daß in dem vorliegenden Falle von liberaler Seite Vorbehalte gemacht worden sind, deren Vertretung die Vertreter der deutschen conservativen Partei anerkannt haben. Die Liberalen sind durchaus nicht verpflichtet, weder für Herrn Stöcker, noch für gewisse andere Kandidaten zu stimmen, ausgenommen es gelänge einem dieser Herren, in die Stichwahl mit einem Gegner des Septennats zu gelangen.“

Die Kr.-Btg. erklärt hierauf:

Wir müssen die Wahrheit dieser Behauptung ganz entschieden bestreiten. Vorbehalte, wie der „Hann. Cour.“ sie bezeichnet, sind nicht gemacht worden und noch weniger von den Vertretern der deutschconservativen Partei anerkannt worden. Letzteres ist schon um deswillen unmöglich, weil die betreffenden Delegirten der deutschconservativen Partei zu einem solchen Entgegenkommen aus dem einfachen Grunde nicht autorisiert waren, weil dasselbe mit dem Sinne des bezüglichen Fraktionsbeschlusses in directem Gegensatz stehen würde. Nach dieser Auslegung aber, welche das dem Führer der Nationalliberalen, Herrn von Benning, nahestehende Blatt dem Wahlkandidat gegeben hat, halten wir uns an dieses Uebereinkommen nicht mehr für gebunden, es sei denn, daß die offizielle Parteileitung der Nationalliberalen den „Hann. Cour.“ als bald desavouirt und der Erklärung der „Kölner Btg.“ beitrete.

Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, wollte man in Lyon wieder einmal einen preußischen Spion entdeckt haben. Der „Bos. Btg.“ wird hierüber aus Paris telegraphiert:

Alle Blätter machen großen Lärm von der gestern in Lyon erfolgten Verhaftung zweier angeblicher preußischer Spione, welche versucht hätten, von einem Soldaten des dortigen 28. Jägerbataillons einen der neuen Kleinbohr-Mehrblader nebst dazu gehörigen Patronen mit fortwährend abbrennendem Pulver zu erlangen. Es wären drei Fremde gewesen, die mit dem Soldaten Bekanntschaft gemacht, ihn bewirthet und ihm schließlich für sein Gewehr 20.000 Francs angeboten hätten. Der Soldat habe sie verhaftet lassen, einer sei entwischt, zwei seien festgenommen und hätten erklärt, Engländer zu sein und Syrmen Adenaz, bzw. Karl Woltz zu heißen. Während nun die ganze Presse strenge Anwendung des Spionagegesetzes fordert und die Lyoner Polizei alle

hiesigen Ministerien mit Depeschen überschüttet, scheint eine vorläufige Erhebung zu ergeben, daß die beiden Verhafteten tatsächlich Engländer sind und es sich um ein Sittsdeliktsverbrechen handelt.

Deutschland.

± Berlin, 20. Jan. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Sitzung wurde fast ausschließlich durch eine Debatte ausgefüllt, wie sie heftiger, schärfer in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vielleicht noch nicht dagewesen ist. Es handelte sich um den Antrag Singer auf nochmalige Einbringung einer Petition an das Abgeordnetenhaus, betreffend das Verbot des Oberpräsidenten, die Vermehrung der Abgeordneten für Berlin in der Stadtverordneten-Versammlung zur Sprache zu bringen. Diesem Antrage war von dem Stadtverordneten Meyer I und Genossen ein anderer entgegengestellt worden, welcher folgenden Wortlaut hat:

Die Stadtverordneten-Versammlung beschließt:

in Erwägung, daß die Versammlung in Betreff des Petitionsrechts der Gemeindevertretung und der Unzulässigkeit von Präventivmaßregeln unverändert auf dem Standpunkte steht, welchen sie in der Beschwerde an den Herrn Minister des Innern vom 24. April 1884 und in der Petition an das Haus der Abgeordneten vom 25. März 1885 geltend gemacht hat, in fernerer Erwägung,

dass jedoch nach Erlass der angefochtenen Verfügung des Herrn Oberpräsidenten vom 29. März 1884 das Zuständigkeitsgebot vom 1. August 1883 in Kraft getreten ist, durch welches der Gemeindevertretung von Berlin die Möglichkeit gewährt ist, im Fall der Verhinderung oder Beanstandung ihrer Beschlüsse, die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts anzurufen (Zuständigkeitsgebot § 15, Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung § 133), in weiterer Erwägung,

dass das Abgeordnetenhaus sich bereits im Jahre 1864 dahin aussprach:

„Ministerial-Decrete, welche den Magistraten und Stadtverordneten das Petitions- und Beschwerderecht in öffentlichen Angelegenheiten unterlagen oder beschränken, und die darauf gerichteten Executiv-Maßregeln widersprechen dem Artikel 32 der Verfassungs-Urkunde“, in endlicher Erwägung,

dass die Stadtverordneten-Versammlung durch Nichterneuerung der Petition an das Abgeordnetenhaus im Jahre 1886 bereits der Ansicht Ausdruck gegeben hat, daß eine solche zur Wahrung der Rechte der Stadtverordneten-Versammlung nicht mehr erforderlich sei,

über den Antrag des Stadtverordneten Singer und Genossen vom 13. Januar 1887, beireffend die Wiedereinreichung der Petition an das Abgeordnetenhaus, zur Tagesordnung überzugeben.

Die Debatte eröffnete für den ersten Antragsteller der Stadtverordnete Görtz, da sein Fraktionsgenosse Singer nach Auflösung des Reichstages wieder das Weißbild der Reistadt hat verlassen müssen und deshalb seinen Antrag nicht selbst vertreten konnte. Herr Görtz recapitulierte die ganze Vorgeschichte des Antrags und unterwarf das Verhalten der Stadtverordneten-Versammlung einer nicht gerade glimpflichen Kritik. Gegenüber den Maßnahmen des Oberpräsidenten und des Ministers des Innern hätte die Versammlung energisch für die Wahrung ihres verfassungsmäßigen Rechtes eintreten müssen. Er glaubte nicht, daß die Gendarmen die Berathung hätten verhindern können. Ein ironischer Zwischenruf des Stadtv. Bellermann (Bürgerpartei) veranlaßte den Redner, in heftigster Weise gegen die Haltung des Leiters und seiner Fraktionspartei loszuwalten. Es sei ja eine bekannte Thatache, daß diese Herren jede reactionäre Maßregel mit Jubel begrüßten, es gebe dann aber auch für solche Verhältnisse gute Gesinnung bei passenden Gelegenheiten heilsame Pflaster. Redner plaidirte zum Schlusse dafür, daß man die Petition wiederhole; wenn auch wenig Hoffnung auf Erfüllung vorhanden sei, so müsse man doch sein Recht wahren. Stadtv. Spinola (cons.) vertheidigte seinen alten Standpunkt, wonach

Auf der Ferme Jacquot.*

[17]

Eine Dorfgeschichte von Wilhelm Sommer.

„Ist Monsieur Georges schon auf das Feld?“

„Nein, er ging nach dem Frühstück ins Dorf hinein; heut und morgen will er sich zuerst orientieren, wie er dem Vater bemerkte, und erst am Montag einspannen. „Stricke zerreißt der nicht,“ hat unser Jacques gefragt.“

„Das hat er auch nicht nötig, ein so junger Herr, der einst so reich sein wird,“ versetzte Madame Jacquot; „für Deine interessante Neugier will ich Dir einen Brief zum Lesen geben, der Dich gewiß ebenso freut, wie mich; ich gehe inzwischen in die Küche, ein wenig nach dem Mittagessen zu sehen.“

Mit diesen Worten hatte sie einen Brief aus der Schürzeniasche bezogen und vor das Mädchen hingelegt.

„Vom Nick?“ rief es und in den Augen leuchtete es auf, „denkt er auch noch an mich?“

In der Fremde mehr als daheim; er schreibt, Du solltest doch vor dem Einfrieren den kleinen Stock mit den weißen Astern aus dem Gärtnerei im Krautacker heim nehmen; doch Du kannst ja selbst lesen. Ich schreibe ihm am Sonntag zurück, wenn Du etwas beilegen willst.“

Damit ließ sie die Katherine allein.

In diesem Augenblick saß Monsieur Georges Pantin im Wirthshaus der Madame Robin gegenüber, welche ihm soeben eine tüchtige portion Schinken nebst Wein gebracht hatte, und ließ sich während dieses Gabelfrühstücks geduldig von ihr interviewen. Was sie erfuhr, erregte in ihr lebhaftes Bedauern, keine Tochter zu haben, der sie diesen Phönix von Heiratskandidaten anoperieren könnte. Monsieur Georges Pantin war nämlich nicht mehr und nicht weniger als der einzige Sohn des gleichnamigen Notars in Mirecourt, von dessen Reichtum vage Gerüchte sogar bis nach Viviers gedrungen waren. Dieser hatte im Laufe der Zeit auf dem nicht ungewöhnlichen Wege der Mehrzahl seiner Amtsbrüder große Ländereien erworben, worunter sich sogar eine Schlossdomäne befand, und sein heranwachsender Sohn sollte durch praktische Studien zur Verwaltung derselben befähigt werden, nachdem er in Epinal die hierzu erforderliche Theorie sich angeeignet. Seit zwei Jahren war der hoffnungsvolle Jüngling als Volontär auf drei verschiedenen Fermen gewesen, zuletzt und am längsten auf der des Monsieur Laharpe in Serecourt, welcher seinem

Papa verpflichtet war, und überall hatte man ihn lieber gehen als kommen sehen. Nicht daß der junge Mann bockhaft gewesen wäre; im Gegenteil, er hatte ein so liebedürftiges Herz, daß er immer zuerst an dieses und erst viel später an den eigentlichen Zweck seines Aufenthaltes dachte. Mit den Bemühungen, vor Allem dieses anspruchsvolle Ding zu bestredigen, richtete er nun allerlei Geschichten an, über welche die pedantischen Bäuerleinleute der Monts Faucilles statt zu lachen — denn es waren in der That sehr amüsante darunter — sich ärgerten und zu fluchen begannen. Monsieur Laharpe glaubte daher den braven Maire von Marey umarmen zu müssen, als dieser ihm bei einem zufälligen Besuche die ziemlich sichere Hoffnung eröffnete, er könne seinen Volontär auf eine Weise los werden, ohne dessen Papa vor den Kopf zu stoßen. Nicht lange dauerte es, langte auf der Ferme der Brief eines Monsieur Thierry von Viviers-le-Gras an, der sich bereit erklärte, den jungen Mann unter denselben Bedingungen aufzunehmen zu wollen. Der Sohn habe sie verhaftet lassen, einer sei entwischt, zwei seien festgenommen und hätten erklärt, Engländer zu sein und Syrmen Adenaz, bzw. Karl Woltz zu heißen. Während nun die ganze Presse streng

Anwendung des Spionagegesetzes fordert und die Lyoner Polizei alle konnte absitzen sehen, sie war gerüstet, ein Blick auf die Uhr zeigte demselben das Herannahen der Zeit des Absoluths an und da die Pinte sehr nahe und auch ein hübsches Mädchen dort war, gingen der flotte Georges und sein Führer direct durch den Baumgarten auf das Häuschen der Malaise zu. Toine halte den fremden Vogel durch das Fenster bemerkte, sie hüpfte auf die Schwelle und knirpte sie hinunter.

Madame Jacquot und ihre Margot standen neben einander unter der Küchenthüre, welche in den Monts Faucilles und den Vogesen gewöhnlich zugleich den Hauseingang bildet, als gegen Mittagessenzeit die beiden Freunde, sie waren in dem kurzen Beisammensein aus flüchtiger Bekanntschaft in dieses engere Verhältniß getreten, an der Ferme vorbei auf das Haus Thierry's zusteuerten. Die Frau beschattete mit der Hand die Augen, welche durch die Brille eigentlich scharf die schlanke Gestalt des Volontärs mit dem feinen übermütigen Herrenähnchengesicht fixte und siegte durch ein zufriedenes Nicken ihre Diennerin in nervöse Aufregung.

„Aber ich sehe da nichts Geschicktes darin, daß Thierry's so einen Fant ins Haus genommen haben!“ sprach sie in keifendem Tone, als ob sie auf die Miene der Meisterin eine Antwort zu geben habe.

„Margot, geht das uns etwas an?“

„Ja wegen Nick; der arme Junge kann jetzt nicht zu seiner Sache sehen, deshalb müssen wir die Augen offen behalten!“

„Wenn Du glaubst, daß es nötig ist, so thue es,“ lächelte die Frau; „dort kommen unsere Leute vom Felde, trage auf!“

Als nach dem Mittagessen Sebastian und Baptist ihre Peisen anzünden wollten, sahen sie zu ihrem nicht geringen Staunen neben dem Herd eine Frauensperson sitzen, welche ihre mustenden Blicke gelassen aushielte. Am Ausfragen nach wer und woher verhinderte sie das Erscheinen des Meisters unter der Stubenhüt, und sie mußten mit unbefriedigter Neugier und kalten Peisen abziehen. Jetzt erhob sich die Gestalt und trat auf den Bauer zu, der noch auf dem Tritt stand.

„Ich bin die neue Magd, von der Madame Lambert in Marey auf die Ferme Jacquot geschickt,“ redete sie ihn mit wohl lautender, kräftiger Stimme an und wandte die großen dunklen Augen vor seinen verwunderten Blicken nicht ab; es zog eher ein flüchtiges Lächeln über die nicht mehr jugendlichen und doch einnehmenden Züge bei der Frage: „Habt Ihr mich vielleicht erst auf den Sonntag erwartet?“

(Fortsetzung folgt.)

die Angelegenheit keine städtische und deshalb von der Stadtverordneten-Versammlung nicht zu erörtern sei. Die paar Socialdemokraten in der Versammlung brauchte man nicht, um die bürgerliche Freiheit zu vertheidigen, wohl aber müsse man sich halten, ihnen hier ein Feld für Agitationen zu bieten. Nachdem sich Stadt. Meyer I in ähnlicher Weise, wenn auch nicht so schroff, ausgesprochen und Stadtverordneter Irmer für einfache Tagesordnung plädiert hatte, schloß die Debatte mit einer Sturmflut persönlicher Bemerkungen, in denen es die größtenteils Invectiven hagelten. Ausdrücke wie „niedere Verleumdung“ und „plumpe Verdächtigung“ kamen wiederholt vor. Schließlich wurde der Antrag Meyer I angenommen.

[Ueber die Ueberreichung des japanischen Ordens „Chrysanthemum“] an den Prinzen Wilhelm berichtet man aus Potsdam, den 19. Januar:

Nachdem vor wenigen Tagen der japanische Prinz Akihito Komatsu No Miva die Ehre gehabt hatte, von dem Kaiser und der Kaiserin, sowie von dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin empfangen zu werden, begab sich derselbe heute Morgen nach Potsdam, um im Auftrage des Kaisers von Japan dem Prinzen Wilhelm den japanischen Orden Chrysanthemum in feierlicher Weise zu überreichen und hiermit den eigentlichen Zweck seiner außerordentlichen Mission am Berliner Hofe zu erfüllen. — Der Orden „Chrysanthemum“ ist der höchste Orden des Kaiserthums Japans und trägt in japanischer Sprache den Namen „Rikken-dai-ju-sho“ — zu deutsch: „Die Goldblume“. Der Orden zeigt die Form eines Sternes, welcher in seiner Mitte aus einem in röthlichem Feuer strahlenden Edelstein besteht, und wird in seiner Fassung ringsum von goldenen Chrysanthemen umgeben, von denen er wohl seinen Namen „Die Goldblume“ erhalten hat. Zu diesem Stern wird über die Brust ein breites feuerrotfarbenes Ordensband angelegt. Der Orden selbst wird nur an Souveräne, Prinzen königlichen Geblüts und fürstliche Personen, welche ganz besondere Verdienste um den Staat erworben haben, verliehen. In Preußen besitzen ihn nur der Kaiser, der Kronprinz und Fürst Bismarck. — Prinz Akihito traf, begleitet von den Herren seines Gefolges, um 11½ Uhr auf dem Bahnhofe in Potsdam ein und wurde dafelbst von dem persönlichen Adjutanten des Prinzen Wilhelm, Major von Kroiß, empfangen und in geschlossener Galatüche nach dem königlichen Stadtschlosse geleitet. Bei der Einfahrt in das königliche Schloß wurde der japanische Prinz mit schmetternden Fanfaren seitens des Trompetercorps der Gardehusaren begrüßt und an der Treppe des Schlosses von dem zweiten persönlichen Adjutanten Hauptmann v. Pfuel und dem Adjutanten des Garde-Husaren-Regiments von Chelius empfangen und in die Gemächer des Prinzen geleitet. Prinz Wilhelm trug rothe Galanuniform der Gardehusaren mit dem breiten Orangetande des Hohen Ordens vom „Schwarzen Adler“, Prinz Akihito japanische Militäruniform mit dem feuerrothen Bande des japanischen Ordens „Chrysanthemum“. Die feierliche Ueberreichung des Ordens „Chrysanthemum“ an den Prinzen fand in Gegenwart des Hofmarschalls v. Liebenau im gelben Zimmer statt, worauf die Vorstellung des Gefolges im blauen Zimmer stattfand. Nachdem hiermit der ceremonielle Theil der feierlichen Ueberreichung beendet war, fand ein Dejeuner im Bronzesaal statt, an welchem unter Anderen Graf Herbert v. Bismarck, Oberpräsident v. Achenbach, Generalleutnant v. Hahn, Regierung-Präsident v. Neese, Generalmajor v. Berßen, Präsident Stünzner, Oberst v. Below, Oberstleutnant Prinz Croy, Major Frhr. v. Kleist und Ober-Bürgermeister Boie theilnahmen. Nach Beendigung derselben begab sich Prinz Akihito mit den Herren seines Gefolges von Potsdam wieder zurück nach Berlin.

[Wähler-Versammlungen.] Im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise fand am Mittwoch Abend eine conservative Versammlung statt, in welcher die Herren v. Köller, Stöder und Wagner sprachen. Herr v. Köller behauptete, die Opposition habe die Rechte Molkés in den Staub gejagt. (Rufe: Pfui!) — Hofprediger Stöder sprach von dem Cartell — die „Nat.-Btg.“ hat, so sagte er, nach dem Bericht der Kreuzzeitung „versucht, das Cartell zu durchbrechen und auf mich hingewiesen, mir gegenüber brauche man das Cartell nicht zu halten. Nun, die Nationalliberalen haben das gemäßigt; auch die „Kölner Zeitung“ ist dafür eingetreten, das Cartell unter allen Umständen auch mir gegenüber zu halten. Ich werde für diese Wahl treu mitarbeiten und meine Freunde auch, für jeden, der von unserer Seite aufgestellt wird. — Meine Herren! Ich selber werde aber das Opfer bringen, daß ich von der Candidatur zurücktrete.“ (Lebhafte Bedauern. Oh!) Ich weiß ja, daß Ihnen das schwer wird. So wie sich die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ das vorstellt, ist es ja nicht. Wir sind und bleiben von Herzen gute Freunde. Aber die Politik macht man nicht blos mit dem Herzen, sondern auch mit dem fühlenden Verstande. Was ich erreichen will, ist, daß ich die Wahlbewegung frei mache von den Angriffen der „Nordd. Allg. Btg.“, die als Organ der Regierung gilt, und die mich nun schon zum dritten Mal angreift, so daß die Wähler endlich die Lust verlieren müssen. Die Artikel gehen ja von falscher Voraussetzung aus. Der Schreiber kennt die Berliner Bewegung nicht. Wir Christlich-Socialen haben nie Herrschaftsglücke gehabt: wir haben immer nur gedient, treu und fleißig. Daß die Ideen der Berliner Bewegung auch unsere sind, dafür können wir nichts. Berlin

steht einmal unter dem Banner: Monarchisch-christlich-social-reformatisch. Aber, meine Herren, dieser Streit zwischen der vom Reichskanzler beeinflußten Presse und der Berliner Bewegung muß aufhören, muß aus der Welt geschafft werden. Darum trete ich zurück und bitte Sie, sich damit zurückzuden zu geben. Man wollte mich erst ausspielen und ich hätte ja dann ablehnen können, aber solches Couplinspiel ließe ich nicht. In keinem Fall werde ich in diesem oder einem andern Berliner Wahlkreis candidiren. — Professor Wagner begrüßt gleichzeitig freudig das Cartell, dann führt er fort: „Auch ich will auf jede Candidatur verzichten und den Streit will auch ich begraben. Recht ist es ja nicht, Männer, die so viel gearbeitet haben, so anzugreifen, daß sie zurücktreten; aber wir wollen doch fleißig weiter mitarbeiten und alle persönlichen Rücksichten zurücktreten lassen. Darum bitten wir auch Sie, lassen Sie alle persönlichen Rücksichten bei Seite und stimmen Sie für den Kandidaten, wenn er nur für das Septennat ist. Es handelt sich darum, bessere Leute in den Reichstag zu bringen, eine Majorität zu schaffen, die mit Kaiser und Reich geht. Wir rechnen freilich darauf, daß wir nicht nur für die Nationalliberalen, sondern daß diese auch für uns stimmen werden.“ — Am selben Abend wurde auch im fünften Berliner Wahlkreis eine conservative Versammlung abgehalten. Hier sprach Herr Cremer. Er sagte u. a.: Was hier conservativ ist, muß für sich bleiben, da giebt es keine Transaction; was steht, soll nicht angetastet werden. Nur haben aber die Vorsitzende der deutschconservativen, freiconservativen und nationalliberalen Partei das bekannte Cartell geschlossen, dem wohl zuzustimmen sein wird. Die Verhandlungen darüber sind noch im Buge, es wird eine weitere Conferenz stattfinden und dann wird vielleicht ein gemeinsamer Wahlauftruf der drei für die Wahl vereinten Parteien mit 300 Unterschriften ihrer Vertreter erscheinen. (Lebhafte Beifall) Es wäre ein anständiges Compromiß, bei dem keinem Theile besondere Opfer auferlegt würden und das man wohl acceptieren könnte. (Beifall) Die Nationalliberalen sind freilich zu meist große Herren, mit denen nicht gut Kirschen essen ist, und die „Nat.-Btg.“ hat sich ja bereits in zum Theil abschreckendem Sinne geäußert: für die Herren Stöder und Genossen würde auch der gemäßigteste Liberalen nicht stimmen. Das berührt doch einigermaßen unangenehm und Redner hatte sich sofort an die Vertreter der nationalliberalen Partei gewandt mit dem Erwischen, um ein Desavouer der „Nat.-Btg.“. Es wurde ihm erwiesen, daß es bereits geschehen. Erfreulich sei dagegen eine Erklärung der „Kölner Zeitung“, welche befagt, daß, wenn das Cartell geschlossen ist und Stöder für das Septennat stimmen, so müsse ihn auch ein Nationalliberaler wählen, wie man event. selbst für Bamberger stimmen müßte, wenn er für das Septennat stimmt. (Rufe: Der wird's nicht ihm!) Es ist also wieder Klarheit geschafft. Redner wünscht vor der Versammlung zu hören, ob man für das Compromiß sei? Ein allgemeines „Jawohl!“ antwortet ihm.

[Freiherr v. Stauffenberg] hat, wie schon erwähnt, am Dienstag vor seinen Wählern in Fürth unter großem Beifall gesprochen. Dem Bericht des „Frl. Cur.“ zufolge sagte er:

Der Streit um 3 oder 7 Jahre sei ein recht unfruchtbare. Weder 3 Jahre noch 7 Jahre hätten eine geheimnisvolle Bedeutung. Der Fixierung der 3 Jahre liege zu Grunde, daß jeder Reichstag seine Entscheidung treffen solle. Das sei zwar nicht immer zutreffend, z. B. wenn dem Reichstag, wie jetzt, im letzten Jahr die Vorlage zukomme, in regelmäßigen Verhältnissen sei das allerdings der Fall. Die Regierung habe in den Motiven der Heervorlage schon anerkannt, die Periode von 7 Jahren sei nicht geradezu maßgebend; er habe ihr das im Reichstag vorgehalten, aber keine Antwort bekommen. Die Regierung habe ja übrigens selbst das Septennat nicht abgewartet, sondern jetzt schon, nach 6 Jahren, eine neue Vorlage gemacht. Dem gegenüber habe Fürst Bismarck jetzt erklärt, wenn nicht 7 Jahre bewilligt werden, gebe es der Armee an Kopf und Krallen. Was sei denn überhaupt die Bedeutung des Septennats? 1874 sei es als Compromiß an Stelle des von der Regierung geforderten Aternats getreten; aber soviel sei sicher, daß damals Niemand daran gedacht habe, daß die 7 Jahre jetzt eine organische Reichseinrichtung werden sollten. Die Regierung habe sich auch vollständige Freiheit vorbehalten. Der damalige Kriegsminister habe anerkannt, daß Reichstag und Regierung sich über 7 Jahre hinaus nicht verpflichteten. 1880 sei das Septennat wieder beschlossen worden, aber ohne jegliche weitere Verpflichtung. Wenn man für 3 Jahre stimme, so heiße das überhaupt nicht die „Wehrlosmachung“ des Vaterlandes nach 3 Jahren; die bisherigen Reichstagsverhandlungen hätten stets die Bereitwilligkeit zu patriotischen Opfern gezeigt, die alte Präzessziffer sei nie angegriffen worden. Die freiwillige Partei sei sich der Pflichten gegen das Vaterland gerade so bewußt wie diejenigen, welche ihren Patriotismus stets an die große Glocke hingen. Einiges Anderes sei dabei im Spiel, der Reichstag wolle sich eine genauere Prüfung vorbehalten, was er jetzt unter den kriegerischen Auspizien nicht könne, und wolle sehen, ob eine Erleichterung der Dienstpflicht nicht möglich sei, die jetzt selbst in dem bescheidensten Umfange abgeschlagen werden. Man könne hören: nach 3 Jahren werde man doch Dasselbe wieder thun; wenn er aber auch sicher wähle, daß er nach drei Jahren dasselbe thun werde, würde er nicht anders stimmen als jetzt. Die Thatfrage, daß die Prüfung erfolge, sei das Schwierigste. Mit denselben Gründen könnte man jedes Budget der Kaufmänner entziehen. Der Etat des obersten Reichsgerichts z. B. werde alljährlich mit ziemlich gleichen Summen festgestellt, trotzdem wäre es eine wunderbare Sache, wenn es plötzlich heißen sollte: Ihr habt nichts mehr darein zu reden. Man könne

viel Rechnungen rezidieren und nichts finden, ohne deshalb auf die Revision zu verzichten. Im Budgetrecht liege die politische Bedeutung des Reichstages, und der Abgeordnete vertrete dort nicht sein Recht, sondern das Recht des gesammten Volkes. Der Reichskanzler habe über dieses Budgetrecht sehr eigenhändliche Neuvergütungen gemacht. Des Kanzlers Meinung gehe darauf hinaus: Ihr sollt die Prüfung haben, aber Ihr dürft nichts abstreichen, dann sei aber die Frage, ob 3 oder 7 Jahre, ganz gleichzeitig und Beides nichts werth. Die Frage stehe aber nicht so. Der Reichstag sei aufgelöst unter dem Schlagwort: ob Kaiserliches oder Parlamentsscheer? Wenn man die Verhältnisse Deutschlands kenne, so wisse man nicht, was man dazu sagen solle. Der Reichstag habe nur eine sehr mäßige Einwirkung auf diese Fragen und habe sie stets in der bescheidensten Weise benutzt; diesem Reichstag sagt man trocken: Kaiserliches oder Parlamentsscheer?, weil nach einer Reihe von Jahren wieder geprüft werden solle. Wenn man das einmal annehmen wolle, so sei die Sache bei 7 Jahren gerade so wie bei 3 Jahren. Die Marineausgaben würden übrigens alljährlich bewilligt, ohne daß die Marine eine Parlamentsmarine genannt werde, eine Anzahl von Soldaten (Eisenbahntruppen), ein guter Theil der Arme er scheine im jährlichen Budget; aber einem solchen Schlagwort gegenüber sei wenig zu machen. Es sei übrigens kein Misstrauen gegen den Reichstag, sondern gegen das deutsche Volk, daß es demnächst solche Vertreter schicken könnte, die nicht wüssten, was sie der Nation und deren Interessen schuldig wären. Es sei aber Niemand berechtigt, das anzunehmen. Er wolle einen Punkt berühren, der von wohlmeinenden Personen manchmal erwähnt werde, die sagten: Ihr seid einmal so weit gegangen, warum seid ihr nicht noch ein Stück weiter gegangen? Abgesehen von den schon vorgetragenen Gründen sei es eine schwierige Sache, wenn einer bis zu den außerordentlichen Concessions gegangen sei, und es komme jemand und sage: So, jetzt kannst Du auch noch etwas weiter gehen. Jeder müsse in seinem Innern unverrückbare Grenzen haben, über die er unter keinen Umständen hinausgehen dürfe; wenn sie jemand nicht habe, werde er von Schrift zu Schrift zum Außersten gedrangt werden. Das habe er immer als seine Aufgabe angesehen und werde es auch künftig so halten. Es sei zweifellos, daß die Militärvorlage die äußere Veranlassung zur Auflösung, aber ebenso zweifellos sei es, daß die Auflösung eine gewaltsame gemessen sei, da Fürst Bismarck nicht einmal die Abstimmung über Paragraph 2, viel weniger die dritte Lesung abgewartet habe. Mit einer merkwürdigen Eile habe der Kanzler im ersten Moment, wo es ging, das Tischtuch zerschnitten. Wenn nun ein gefügiger Reichstag durch die Wahler kommen, so könne doch nur ein unchuldiges Kind daran zweifeln, daß alle alten Pläne des Fürsten Bismarck wieder auftauchen würden. Die Finanzfrage würde dann genügt nicht im Sinne der freiwilligen Partei behandelt werden, sondern das Brauweinmonopol werde sicher, das Tabakmonopol vielleicht auftauchen, Gesetz über Einschränkung der Redefreiheit und überhaupt der Rechte des Reichstages würden kommen. Da könne es kommen, daß nach 3 Jahren der Reichstag überhaupt in einer so zugeschnittenen Gestalt zurückkehre, daß man sich fragen müsse, was man mit einer solchen Vertretung noch anfangen solle. Minister v. Puttkamer habe im preußischen Landtag den Feldzug gegen das geheime Stimrecht eröffnet, es sei aber damals sehr ungünstige Verhältnisse gewesen, und die Sache sei nicht verfolgt worden; aber wer stehe dafür, daß die Frage unter günstigen Verhältnissen — und die würden durch einen gefügigen Reichstag gebildet — nicht wieder aufgenommen werden werde? Diese Gefahren seien nicht blos an die Wand gemalt. Die kommende Wahl lasse Personalfragen vollständig verschwinden; es handle sich nur um Principien. Ihm sei es unter den gegenwärtigen Verhältnissen Ehrenpflicht gewesen, seine Dienste wieder der Wählerkraft zur Verfügung zu stellen; aber es sei auch für ihn sehr schwer, was theils in den schwierigen Verhältnissen, theils in persönlichen Angelegenheiten liege. Wenn Sie mir, schloß Frhr. v. Stauffenberg, Ihr Vertrauen wieder übertragen, so können Sie überzeugt sein, daß ich jeden Augenblick bereit sein werde, Das, was ich nach freier Überzeugung für notwendig im Interesse des Vaterlandes halte, zu be-willigen, daß ich aber auch stets bereit sein werde, die Rechte des Volles, die mir anvertraut sind, hartnäckig und fest zu vertheidigen.“

Provinzial-Bestung.

Breslau, 21. Januar.

H. Stadtverordneten-Versammlung. Zu unserm Bericht über die gestrige Sitzung der Versammlung haben wir noch nachzutragen, daß Stadt. Beyersdorf mit 88 von 87 Stimmen zum Mitgliede des Staatsausschusses gewählt wurde.

* Zur Reichstagswahl. Wir nahmen kürzlich von dem Gericht Notiz, daß im Osten Breslaus Herr Schriftsteller Bruno Geiser als Kandidat der socialdemokratischen Partei aufgestellt werden solle. Wie uns Herr Geiser von Dresden aus mitteilte, ist dies Gericht unbedeutend.

* Militärisches. Oberst am Ende, Commandeur des Infanterie-Regiments Nr. 132, ist zum Commandeur der 2. Infanterie-Brigade in Königsberg i. Pr., und Oberstleutnant Räsch vom 2. Oberschlesischen Infanterie-Regiment Nr. 23 zum Commandeur des 132. Infanterie-Regiments ernannt worden. Die gemeldete Ernennung des Oberst von

pferdes“, das von einem bekannten Sportsman zu diesem Zweck erworben wurde, stattfinden werde, und daß jeder zahlende Theaterbesucher an der Kasse ein Loos gratis erhalten, ohne daß eine Erhöhung des Eintrittspreises eintrete.“ Ein charakteristischer Zufall hat es gefügt, daß die an dem genannten Abend gegebene Vorstellung G. v. Moser's Schwanz „Herr Humbug“ war.

Sarah Bernhardt hat die Kunstreise in Südamerika, welche sie am 8. Mai antrat, fast beendigt, und man kann, so schreibt das „Evenement“, schon annähernd ihre Einnahmen bestimmen:

in Brasilien	401 880,— Fres.
in der argentinischen Republik	917 296,50 =
in Montevideo	169 102,25 =
in Chile	308 185,— =
zusammen	1 799 463,75 Fres.

Jede Vorstellung trug durchschnittlich ein:

in Brasilien	16 195,20 Fres.
in der argentinischen Republik	29 590,20 =
in Montevideo	13 007,74 =
in Chile	11 414,20 =

Darnach erntete die Künstlerin in der argentinischen Republik die stärkste Summe und trug jede einzelne Vorstellung ihr am meisten ein. Unterstellt man dann, welche Stücke die größten und die geringsten Kassen-erfolge hatten, so findet man, daß „Theodora“ in Rio de Janeiro 26 755 Fr. und die „Camelendame“ nur 6225 Fr. abwarf. In der argentinischen Republik trug „Theodora“ in Buenos-Ayres 43 006 Fr. und der „Hüttenmeister“, der in Buenos-Ayres nicht gespielt wurde, in Rosario nur 12 147 Fr. ein. In Montevideo erzielte „Theodora“ 17 945 Fr. und die „Sphinx“ 7940 Fr. In Chile steht die „Camelendame“ oben an mit 19 550 Fr. (in Santiago) und machte „Theodora“ in Valparaiso nur 4510 Fr.

Der Herr Generaldirector. Die „Eisenbahnzeitung“ erzählt folgende heitere Geschichte: Der Generaldirector der Sächsischen Staatsbahn kommt gegen Abend in R. an und läßt sich im Wartesaal eine Tasse Kaffee geben. „Was kostet der Kaffee?“ fragt der gewaltige Herr Chef den bedienenden Kellner. „Zwanzig Pfennige!“ war die Antwort. Das in der Nähe stehende Büffettädchen dies höhne, winkt den Kellner heran und flüstert ihm ins Ohr: „Das ist ja der Herr Generaldirector, der zahlt nur zehn Pfennig!“ Der Kellner, etwas verdutzt über diese vertrauliche Mitteilung, nimmt sich vor, die Sache auf der Stelle wieder gut zu machen, geht an den Tisch des Herrn Generaldirectors und schiebt von den aufgezählten 20 Pfennig 10 Pfennig mit den Worten zurück: „Der Kaffee kostet bloß 10 Pfennig.“ Neben diese im Hundertdrehnen erfolgte Preisherabsetzung überrascht, rüttete der Herr Generaldirector an den Kellner die Frage: „Run, was kostet denn eigentlich bei Ihnen der Kaffee?“ Vorhin nannten Sie mit 20 Pfennig und jetzt 10 Pfennig als den Preis? „Ja,“ antwortete der Kellner naiv, „Eisenbahner zahlen nur 10 Pfennig.“

Im Gläser. Aus Igglau wird dem „M.-Schl. Corr.“ geschrieben: Der Gastwirth Janowsky, welcher bei der letzten Sitzung der Wiener Kommunalloose auf ein wenige Tage vorher angekauftes Loos den Haupttreffer im Betrage von zweimalhunderttausend Gulden gewonnen hat, bildet das Lagesgespräch in unserer Stadt. Janowsky, der in einer der verstecktesten Gassen ein kleines, unansehnliches Gasthaus hatte, entstammt

einer sehr armen Familie. Sein Wirthsgeschäft warf ihm knapp so viel Eträgnis ab, um sich und seine aus Frau und drei Kindern bestehende Familie ernähren zu können; es ist daher begreiflich, daß der Mann durch sein Glück außer Rand und Band gebracht wurde. Als er die erste Nachrich von dem gemachten Haupttreffer empfing, geriet er vor Freude fast außer sich. Er wälzte sich eine ganze Weile im Übermajze seines Entzündens in seinem Locale auf dem Boden umher, und schenkte dann seinem Wirthsgeschäft sammt Fundus instructus, Wohnungseinrichtung u. s. w. Der Glückliche lebt vorläufig von seinen Renten, und erst die Zukunft wird lehren, wie er die ihm von der launischen Fortuna in den Schoß geworfenen Laufender verwenden, und wie er sein Glück ertragen wird. In unserer Stadt sind übrigens Haupttreffer keine gar so seltene Erscheinung. Vor einiger Zeit gewann ein hier bedienster Wirtschaftsbeamter den Haupttreffer der 1864er Loos auf ein Loos, das er von seinem Dienstherrn zur Belohnung langjähriger Dienste erhalten hatte. Dieser Glückswechsel brachte in dem Charakter des früher in jeder Beziehung anständigen Mannes eine eigenhändliche Umrüstung hervor — er wurde zu einem der größten Knauf und Geizhalse unserer Stadt. Ein Jahr darauf ging sein ehemaliger Dienstgeber, welcher ihm das Glücklos geschenkt hatte, finanziell zu Grunde. Er wendete sich an seinen ehemaligen Beamten um ein kleines Darlehen zur Gründung einer neuen Existenz, und dieser schenkte seinem ehemaligen Herrn, dem er sein ganzes Glück zu verdanken hat, großmütig — fünf Gulden, die der selbe selbstverständlich refusirte.“

Ein Schwindler. Vor dem Pariser Guchtpolizeigerichte stand gestern ein gewisser Alphonse Arnoux, welcher achtzehn Haushälter durch die gleiche List betrogen und von ihnen kleine Summen erzwungen hat. Er sprach weinlich bei ihnen vor, erbat sich als bedrängter Familienvater einen guten Rath oder eine Gabe und ging unterhändig dankend von dannen. Einige Zeit darauf kam er wieder, aber diesmal gut gekleidet und erzählte, daß er von einem Onkel in der Provinz 300000 Fres. geerbt hatte. Ich dachte fogleich an Sie, sagt der Biedere, und nahm mir vor, Sie für Ihren Liebesdienst zu belohnen. Aber Sie wissen ja, wie solche Erbschaftsangelegenheiten sich hinschleppen und Zeit kosten. Mit dem besten Willen fand ich niemals eine ruhige Stunde, um hierher zu kommen, und um doch etwas zu thun, nahm ich in der Lotterie des Arts décoratifs fünf Looses und legte dieselben für Sie in meinen Secretär: Sie haben Glück, eine Ihrer Nummern, 57642, hat einen heiligen Joseph aus massivem Silber gewonnen. Da lesen Sie! Und der entzückte Haushälter las auf einem Papierbogen mit dem Kopf der Lotterie des Arts décoratifs, die Nummer 57642 gewinne einen heiligen Joseph aus massivem Silber, Geschenk Sr. Heiligkeit Leo XIII., Wert 14000 Franken, der heilige Joseph könne an einem Dienstag, Donnerstag oder Sonnabend aus dem Industriepalast abgeholt werden. Ein Liebhaber biete dafür 13500 Franken. Die Verpackung koste 17 Fres. 40 Cent. Der glückliche Gewinner fand nicht genug Worte, um seiner Dankbarkeit Ausdruck zu geben, und war entzückt von der Leutseligkeit des guten Herrn, als dieser sich noch erbot, ihm den heiligen Joseph schicken zu lassen. Er hatte in der Berstreuung seine Börse zu Hause vergeraten, aber man gab ihm willig die

Schmeling, Commandeur des 2. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 8 zum Brigade-Commandeur in Glogau bestätigt sich nicht, es verlautet weiter, daß derselbe seinen Abchied nachgezahlt habe.

Schlesischer Protestant-Verein. In der am 17. d. M. stattgehabten Versammlung des Schlesischen Protestantvereins sprach Herr Kirchen-Inspector Pastor prim. D. Späth über den Antrag Hammerstein. Dem Bericht der "Schles. Kirchen-Zeitung" über die Ausführungen des Neubers entnehmen wir Folgendes: "Der Antrag sei das Gesetz, welches die hochstolzen Forderungen der reactionären kirchlichen und politischen Parteien in sich verberge. Der eigenhändige Urheber des Antrages sei Stöcker. Stöcker habe gesagt: „Jede große Zeit hat einen besonderen Gedanken gehabt, der die Geister am meisten bewegte. Heute kann derselbe kein anderer sein, als der der Selbstständigkeit der Kirche.“ Seit Jahren habe Stöcker die Gedanken ausgeschöpft, welche in dem Antrage zusammengefaßt seien. Mit dem Hauptagitatator „der positiven Union“ hätten sich die Führer der Kreuzzeitungspartei und des Lutherthums verbunden. Der Antrag sei gemeinsame Parteiache. Es sei sehr bezeichnend für diese Partei, daß sie garnicht erst für nötig gehalten hätte, die Kirche, nämlich die Synoden oder das Kirchenregiment, zu befragen, welches denn ihre Ansprüche seien; sondern weil sie wissen, daß sie die Herren auf der Synode seien, nähmen sie, ohne erst die Kirche zu fragen, sich selber den Auftrag, die Fesseln der Kirche, wie sie sagten, zu brechen. In demselben Atemzuge, in dem sie von einer Entmündigung der Kirche sprächen, entmündigen sie die Kirche selbst, als wenn dieselbe gar keine Organe der Meinungsäußerung hätte, denn die Herren hätten Eile. Sie wollten ein soviel acropli schaffen, ehe die Ungunst der Zeit ihren Rettungsarbeiten ein Ziel setzte. Dem Landesherrn zwar sollte seine Kirchenregimentliche Gewalt verbleiben, jedoch sollte er sie nicht mehr üben, befreit von seinen staatlichen Räthen, sondern in unmittelbarem Verkehr mit den kirchlichen Factoren. So sollte er erst recht oberster Bischof und in seinem Kirchenregiment frei werden. Aber wie, wenn es zu Collisione komme mit den Staatsgesetzen, in welche schief Stellung komme dann der, welcher nicht in der Kirche allein, sondern auch im Staate oberster Leiter sei? Und wie verhalte sich dazu das fatale Wort, welches Stöcker auf einem Parteitag habe fallen lassen: „Unserer Kirche ist nur dadurch aufzuhelfen, daß sie frei wird nicht blos vom Abgeordnetenhaus und Kultusminister, sondern auch vom Summepflop.“ Wie könneemand, der so Entgegengelegetes ausspreche, der Kirche den Weg zur Freiheit welsen wollen? Auch bei dieser Bewegung trete wieder das Streben her vor, die Macht der oberen Synodalstufen zu erhöhen und sie souveräner zu machen. „Wir können“, sagt Stöcker, „den Gedanken nicht aufgeben, daß in der Ernennung der Kirchenregimentlichen Personen die eigentliche kirchliche Macht liege. Wer die Professoren der theologischen Facultäten ernennet, wer die höheren Kirchenstellen in Land und Provinz besetzt, der ist in Wahrheit der Herr des kirchlichen Geistes.“ Deshalb das Streben, dem Generalsynodalvorstand den Einfluß auf die Aemter zu sichern. Da gegen würden die Rechte der Gemeinde beschränkt, wie die Aenderungen des Pfarrwahlrechtes u. s. w. beweisen, denn es handele sich nicht um eine Freiheit, die Allen zu gute komme, sondern um eine solche, welche das Mittel sei, eine Partei in ihrer Herrschaft zu festigen. Diese Herren benötigen nur die synodale Form, um eine Gwingherrschaft aufzurichten, wie sie in der katholischen Kirche ihr würdiges Vorbild habe. Die Liberalen seien loyal, sie respectirten die Verfassung; aber diese Partei habe von dem ersten Augenblide an, wo die Verfassung gegeben worden sei, dieselbe zu unterminieren gefügt und sucht jetzt dieselbe umzuführen, um an ihre Stelle ihr Parteiprogramm zu setzen. Und diese Herren nennen sich conservativ. Swarz wollten sie Bischöfe mit einer Machtfugnz, gegen welche die Constitutioen eine verhindrende Bedeutung haben würben, aber da diese Bischöfe durch ihre Organe gewählt werden sollten, seien dieselben nur Repräsentanten der Partei, durch welche diese ihre Macht ausübe.

Vom Staat wolle man frei werden, aber der Staat sollte für alle Beschränkungen der Kirche nach dem Erreichen dieses Hochkirchenthums sorgen. Zahlen dürfe der Staat, aber nicht drennen. Die Pflichten sollten auf Seiten des Staates, die Rechte auf Seiten der Kirche sein. Es sei freilich nicht zu leugnen, daß die evangelische Kirche peculiar seitens des Staates benachtheilt worden sei im Vergleich zur katholischen Kirche, und sei hierin eine Aenderung am Platze, aber die Forderung der Partei gehe zu weit. Wo der Staat Mängel erkenne, möge er zum Wohle der evangelischen Kirche eingreifen. Aber eine feste Dotierung in die Hände der evangelischen Kirche jetzt niederlegen, das heize die Parteiherrschaft mit Staatsmitteln befestigen.

Winterliche Naturscheinung. Heute morgen eregte ein interessantes Naturschauspield lebhafte und allgemeine Aufmerksamkeit. Viele Häuser, die Brücken sowie die Bäume in der Stadt und Umgebung präsentierten sich in einem eigenthümlichen silberweißen Gewande. Am auffälligsten trat diese Erscheinung an den zahlreichen Backsteinbauten zu Tage. So boten beispielsweise das Landgerichtsgebäude, die Elisabethkirche, verschiedene Speicher, ferner auch unsere monumentalen Statuen u. s. w., einen eigenartigen Anblick, indem sie mit einer dichten weißen Reissicht bedeckt waren. Es erklärt sich diese Erscheinung daraus, daß in Folge der in

der letzten Nacht plötzlich eingetretenen Lüftewärzung, mit welcher die Erwärmung der durch die jüngste starke abgeföhnten Außenflächen der Gebäude ic. wegen der verschiedenenartigen Wärmeleistungsfähigkeit der Körper nicht gleichen Schritt gehalten hätte, sich ein Riederschlag des Wasser dampfes bildete, der, weil die Temperatur bis zu den Morgenstunden immer noch unter dem Gefrierpunkt lag, sich zu Eisemolekülen kristallisierte. Die Stärke dieser Reisede, womit die Wandungen der Gebäude ic. bekleidet erschienen, betrug an einzelnen, der Bildung dieser Erscheinung besonders günstigen Stellen gegen andertalb Millimeter. Erst in der Mittagsstunde, wo die Luft sich noch weiter erwärmt hatte, begann der schneige Überzug der Gegenstände allmälig zu schwinden.

Alarmierung der Feuerwehr. Am 20. d. M. Vormittags um 10½ Uhr wurde die Feuerwehr durch Station 42 nach dem Grundstück Heiligegeiststraße 7 gerufen. In Folge fehlhafter Construction der Ofenanlage und des Schornsteins war daselbst die Balkendecke zwischen dem Parterre und dem 1. Stockwerk in Brand gerathen. Nach kurzer Thätigkeit war das Feuer mittelst Handspritze gelöscht.

Heute Vormittag 7 Uhr 45 Min. wurde die Feuerwehr von Station Nr. 17 nach dem Grundstück Schweizerstraße 9 alarmirt. Im Keller des Bordzgebäudes brannte eine kleine Quantität Petroleum, mehrere Petroleumfässer, Tonnen, Kisten, Körbe und Säcke, sowie die Schroverpackung und die Holzbeladung eines Brunnens. Angeblich hat der Haushalter Holz und Kohlen aus dem Keller holen wollen. In der Nähe des Petroleumshaus hat er ein Licht angezündet und das Streichholz weggeworfen. Letzteres war vermutlich noch nicht verlöschend und hat die vor dem Petroleumbehälter lagernden Sägespäne entzündet. Gelöscht wurde das Feuer durch einen Hydranten. Der Feuerwehrapparat und die vor einem Jahre angeschafften elektrischen Lampen wurden mit Erfolg angewendet. Rückfunkt der Feuerwehr erfolgte um 11 Uhr Vormittags.

Hirschberg. 20. Januar. [Mord.] Aus Hirschberg kam gestern die Kunde von einem schrecklichen Verbrechen; der 19-jährige Bauer Jäger aus Hermsdorf u. K. ist am Mittwoch, Abends nach 10 Uhr, daselbst ermordet worden. Der "Bote" berichtet hierüber: "Jäger war in Begleitung zweier Freunde nach Hirschberg gefahren, um seine Schwester, die dort „zum Lichten“ war, abzuholen. In der Nähe des Petroleumshaus hat er ein Licht angezündet und das Streichholz weggeworfen. Letzteres war vermutlich noch nicht verlöschend und hat die vor dem Petroleumbehälter lagernden Sägespäne entzündet. Gelöscht wurde das Feuer durch einen Hydranten. Der Feuerwehrapparat und die vor einem Jahre angeschafften elektrischen Lampen wurden mit Erfolg angewendet. Rückfunkt der Feuerwehr erfolgte um 11 Uhr Vormittags.

(Für einen Theil der Ausgabe wiederholt.)

Berlin, 21. Januar. Die Versammlung der Vertrauensmänner der drei „nationalen“ Parteien hier selbst setzte gestern ein Central-Comité ein, bestehend aus: von Monteton (conserv.) als Vorsitzendem, Kyllmann (national.) und Zedlik (freiconserv.). Als Kandidaten wurden einstimmig vorgeschlagen: für den 1. Wahlkreis v. Levetow, für den 2. Moltke, für den 3. Miquel, für den 4. Bödiker (national.), für den 5. Cremer, und für den 6. Holtz (freiconserv.).

Berlin, 21. Januar. Bei dem nächsten Consistorium am 7. März werden die päpstlichen Nuntius in Wien, Madrid und Paris, sowie Msgr. Masella zu Cardinalen ernannt werden. Zwei andere Cardinalsernennungen sind außerdem wahrscheinlich.

— Der Papst nahm die Demission Jacobini's an, beließ denselben aber als Zeichen seiner Zuneigung und Hochachtung die bisher innegehabten Wohnräume im Vatican. Jacobini wird wahrscheinlich Präfect des apostolischen Palastes.

Gegenwärtig ist der Staatssekretärposten durch einen Cardinal besetzt. Nach dem Consistorium dürfte die definitive Ernennung des Nuntius in Lissabon zum Staatssekretär erfolgen.

London, 21. Jan. Der "Standard" beschreibt die gegenwärtige

preläre Lage, die sich durch jedes Gerücht beeinflussen lasse und meint,

die von Bismarck im Reichstage gestellte Forderung des Vertrauens-

und der Appell an den Patriotismus des deutschen Volkes sei lediglich eine offizielle, unverkennbare Anerkennung der gleichsam elementaren Thatsache, daß zwischen dem Deutschen Reich und der französischen Republik eine nur durch Blut wegzuwischende stetige Fehde besteht.

Dies mache die gegenwärtige Lage in vieler Beziehung schlimmer, als ein wirklicher Krieg. Wenn es gewiß sei, daß jetzt gebuldiges Ausharren einen späteren Krieg verhindern könnte, so werde das Volk gewiß zu jedem Opfer bereit sein.

London, 21. Jan. Das "Bureau Reuter" meldet aus Rangoon vom 20. Januar: Die Armee in Birma soll im März auf 10 000 Mann reduziert werden.

Cleggau m. e.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

Berlin, 21. Jan. Der Abgeordnete Schmidt-Stettin ist heute gestorben.

London, 21. Januar. Während Wiener Meldungen von einem glänzenden Verlauf der Verhandlungen in der bulgarischen Frage berichten, liegt hier eine Petersburger Nachricht vor, daß Russland auf dem Rücktritt der Regenschaft beharrte, bevor dasselbe die Hand zur Versöhnung biete und einen Fürsten vorschlage.

(Aus Wolff's Telegraphischen Bureau)

Berlin, 21. Jan. Der „Nord. Allg. Zeit.“ zufolge erwiderete der Kaiser auf die von dem Herzog von Ratibor verlesene Adresse des Herrenhauses: „Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für die Kundgebung, die Sie Mir im Namen des Herrenhauses durch die eben verlesene Adresse haben aus sprechen wollen. Sie hat Mich nicht überrascht, da Mir die Gefühle der Treue und des Patriotismus des Herrenhauses bekannt sind. Ich hatte geglaubt, nachdem dem Reichstage eine so detaillierte Darlegung des

Cours-Blatt.

Breslau, 21. Januar 1887.

Berlin, 21. Januar. [Amtliche Schluss-Course.] Matt auf politische Anschauungen.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Cours vom 20. 21. Schles. Rentenbriefe 104 — 104 10

Mainz-Ludwigshaf. 95 20 34 70 Posen. Pfandbriefe 102 60 102 40

Galiz. Carl-Ludw.-B. 81 10 81 10 do. do. 30 1/2% 99 40 99 20

Gothardt-Bahn. ... 99 20 98 80 Gotth. Prm.-Pfbr. S. I. 106 70 106 70

Warschau-Wien ... 293 10 291 70 do. do. S. II 104 20 104 —

Lübeck-Bützen ... 158 20 158 — Elsebahn-Priesters-Obligationen. Bresl.-Freib.-Pr.Ltr.H. 102 70 102 70

Eisenbahn-Stamm-Preritaten. Breslau-Warschau. ... 62 60 61 80 Obersch. 31/2% Lit.E 100 50 100 40

Ostpreuss. Südbahn 108 90 105 — do. 40% — 102 60

Bank-Aktionen. R.-O.-U.-Bahn 4% II. 103 50 103 50

Bresl. Disconto-bank 90 60 90 50 Mähr.-Schl.-Ctr.-B. 53 20 53 —

do. Weckslerbahn 100 60 100 50

Deutsche Bank ... 165 — 162 50 Italienische Rente. 99 20 98 50

Disc.-Command. alt. 203 20 200 90 Oest. 40% Goldrente 90 70 83 90

Oest. Credit-Anstalt 477 — 474 — do. 41/2% Papier. 65 20 64 50

Schles. Bankverein. 105 80 105 80 do. 41/2% Silber. 66 50 66 10

Industrie-Gesellschaften. do. 41/2% do. do. 104 60 104 50

Trsl. Bier-Bries. 59 70 59 70 1860er Loose 118 20 115 60

do. Eisnb.-Wagenb. 100 70 100 — Poln. 50% Pfandbr. 60 — 59 40

do. verein. Oefab. 63 20 63 50 do. Liqu. -Pfandb. 55 80 55 50

Hofm.Waggonfabrik — — Rum. 50% Staats-Obl. 93 70 93 30

Opeln. Portl.-Cemt. 80 — 79 do. 60% do. do. 104 60 104 50

Schles. Feuerversich. — — Russ. 1880er Anleihe 82 90 82 10

Schlesisches Cement 110 80 111 — do. 1834er do. 95 90 95 20

Bresl. Pferdebah. 133 — 133 — do. Orient-Anl. II. 58 50 58 20

Erdmannsdorf. Spinn. 64 — 63 50 do. Bod.-Cr. Pfbr. 94 — 93 70

Kramsta. Leinen-Ind. 127 20 127 20 do. 1883er Goldr. 109 20 108 90

Schles. Feuerversich. — — Türk. Consols conv. 14 30 14 20

Bismarckhütte ... 109 60 109 — do. Tabaks-Action. 75 50 — —

Oest. Goldrente 101 20 101 20 do. Loose ... 30 20 30 20

do. 40% oblig. 101 20 101 20 do. Papierrente ... 74 10 73 20

Görl.Eis.-Bd.(Lüders) 105 70 106 — Serb. Konto amort. 80 20 80 —

Banknoten. Wechsel.

Amsterdam 8 T. 168 45 — —

London 1 Lstr. 8 T. 20 381/2 — —

Prussia. Pr.-Anl. 148 10 148 10 do. 1 3 M. 20 221/2 — —

Pr. 31/2% St.-Schöldsch 100 30 100 10 Paris 100 Frs. 8 T. 80 45 — —

Pr. 40% cons. Anl. 106 20 106 — Wien 100 Fl. 8 T. 160 90 160 65

Pr. 31/2% cons. Anl. 101 50 101 30 do. 100 Fl. 2 M. 159 90 159 70

Schl. 31/2% Pfdsbr. L.A. 99 40 99 30 Warschau 100 SRST. 188 90 188 20

Private Discont 31/8% — —

Bedürfnisse gemacht worden ist, wie es sonst nicht üblich ist, wozu Ich Mich aber unter den Umständen bewogen fühle, auf Annahme seitens des Reichstages rechnen zu können. Es ist aber dann ein Ereignis eingetreten, welches Mich nöthigte, Meine Stellung öffentlich und rasch kund zu thun. Hoffen wir, daß es besser wird. Ich danke Ihnen aus Grund der Seele, Ihr Schrift hat Meinem Herzen wohl. Jede Kundgebung aus der Monarchie, auch aus ganz Deutschland, zeigt Mir, wie Recht Ich hatte, und daß es große, tüchtige Theile des Landes gibt, in welchen man die Notwendigkeit der Maßregel vollkommen anerkennt. Das Herrenhaus hat Mir in schweren Zeiten soviel Beweise hingegeben, daß Ich auch jetzt nicht an ihm gezweift habe. Ich kann wohl sagen, daß Mich die erlebten Ereignisse tiefschmerzt haben. Wiederholen Sie dies überall. Ich bin tief betrübt, Sie aber haben Balsam in Meinem Herzen gegossen. Das Vaterland wird nicht in Gefahr sein, so lange die Armee in dem Geiste sich erhält, von dem sie in den letzten Kriegen so große Beweise der Treue und Aufrichtigkeit gegeben hat. Die neuen Maßregeln, durch welche die Armee gefäßtigt wird, werden dazu dienen, jede Kriegsgefahr zu mindern. Also nochmals Meinen tiefes Dank für den Schritt, wodurch Sie Meinem Herzen so wohl gethan, und bitte Ich, daß Sie dies dem Herrenhause aussprechen.

(Für einen Theil der Ausgabe wiederholt.)

Berlin, 21. Januar. Die Versammlung der Vertrauensmänner der drei „nationalen“ Parteien hier selbst setzte gestern ein Central-Comité ein, bestehend aus: von Monteton (conserv.) als Vorsitzendem, Kyllmann (national.) und Zedlik (freiconserv.). Als Kandidaten wurden einstimmig vorgeschlagen: für den 1. Wahlkreis v. Levetow, für den 2. Moltke, für den 3. Miquel, für den 4. Bödiker (national.), für den 5. Cremer, und für

